

DIETER KLEIN/MICHAEL BRIE

Elementare Fragen neu bedenken

KAPITALISMUS, SOZIALISMUS, EIGENTUM
UND WEGE DER VERÄNDERUNG

Die Katze sei nun aus dem Sack, meinen Klaus Blessing und Matthias Werner zu Gregor Gysis Vortrag »Ein moderner Sozialismus« – nämlich dass er nichts weiter im Sinne habe als »Erhaltung und Festigung der bürgerlichen Ära bei Kittung ihrer schlimmsten Verwerfungen«¹. Und nicht wenige glauben solche Absicht auch in den von den Parteivorständen der Linkspartei und der WASG beschlossenen »Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland« zu erkennen.

In solchen Auffassungen treten gegensätzliche Standpunkte zu elementaren Fragen zutage: (1) Was ist Kapitalismus? (2) Was ist Sozialismus? (3) Was sind Grundkonturen einer sozialistischen Eigentumsordnung? (4) Was können wir heute tun? (5) Welche Wege führen zum Sozialismus? Ohne Klärung der Begriffe kann es keine Klarheit in der Diskussion geben.

1. Was ist Kapitalismus?

Zuallererst geht es um das Verständnis der gegenwärtigen westlichen Gesellschaften und um wirkungsmächtige linke Kritik. Die ökonomische Grundstruktur dieser Gesellschaften ist kapitalistisch. Sie prägt die ganze Gesellschaft und unsere Lebensweise. Darin sind sich Linke einig. Nicht Märkte und unternehmerische Gewinninteressen machen das Wesen von Kapitalismus aus. Als Kapitalismus ist eine Gesellschaft dann zu bezeichnen, wenn in ihr die Kapitalverwertung dominiert, der Profit also das Maß in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Die Menschen haben sich nach diesem Maß zu »rechnen«. Tun sie das nicht, werden sie ins soziale Abseits gestürzt, in das »abgehängte Prekariat«, das in Armut

lebt oder davon akut bedroht ist – bis tief hinein in die Mittelschichten.

Der globalisierte Finanzmarkt-Kapitalismus hat dazu geführt, dass die heutigen Gesellschaften kapitalistischer geworden sind. Neoliberale Politik zielt darauf, alles in Waren zu verwandeln, was bisher noch nicht dem »kapitalistischen Geist der Rechenhaftigkeit« (Max Weber) unterworfen war: Bildung und Gesundheit, Naturverhältnisse, Gene von Pflanzen, Tieren und Menschen, Wissen und Information und die zwischenmenschlichen Verhältnisse selbst. Vor allem aber: auf den Finanzmärkten ist nicht Profit schlechthin, sondern sind der Profit aus kurzfristigen, oft spekulativen Finanzgeschäften und die Steigerung des Kurswertes von Aktien, des Shareholder-Value, der entscheidende Maßstab. Nicht einmal die herkömmlichen längerfristigen unternehmerischen Überlegungen gelten, sondern vor allem der kurzfristige Profit der Finanzanleger. Beschleunigung ohne Perspektive und Verantwortung regiert.

Zerstörung der Umwelt, Durchrationalisierung vor dem nächsten Börsengang zulasten von Arbeitsplätzen, Kostensenkung in den sozialen Sicherungssystemen und eine »Ökonomie der Enteignung« sind die Folgen. Imperiale Politik einschließlich völkerrechtswidriger Kriege, Missachtung von Kulturen außerhalb der westlichen Welt, hierarchische Herrschaftsverhältnisse und Aushöhlung der Demokratie sind weitere Merkmale des neoliberal geprägten gegenwärtigen Kapitalismus.

Trotzdem bleibt der Kapitalismus janusköpfig. Die bürgerlichen Gesellschaften haben einen hochtechnologischen Stand der Produktivkräfte hervorgebracht, der wie nie zuvor reale Möglichkeiten für ein menschenwürdiges Leben aller Erdbewohner eröffnet. Bildungsstand und technologische Leistungsfähigkeit, produktive Arbeitsteilung und Individualitätsentwicklung sind fortgeschrittener als je zuvor. Pluralistische Demokratie und Rechtstaatlichkeit bieten trotz ihrer Unterordnung un-

¹ Die Beiträge von Gregor Gysi sowie von Klaus Blessing und Matthias Werner sind im *Neuen Deutschland* vom 3./4. und vom 10./11. Februar 2007 abgedruckt. Die Wortmeldung von Gregor Gysi kann auch im Internet eingesehen werden: <http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=104523&IDC=13>.

ter die gegebenen Herrschaftsverhältnisse immer noch wichtige Entwicklungschancen.

Die kapitalistische Wissensgesellschaft verlangt einem großen Teil der Lohnabhängigen Selbstverantwortung, Entscheidungs-, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten, kurz erhebliche Subjektivitätentfaltung ab. Der Staat ist Machtinstrument der Herrschenden; aber zugleich ist er Ausdruck der sich wandelnden konkreten Kräfteverhältnisse und eine Arena von Aushandlungsprozessen (Nicos Poulantzas). Das sind Chancen für den Ausbruch aus den vorherrschenden Machtverhältnissen – deren Ausschöpfung allerdings gegen die Machteliten erkämpft werden muss.

Durch den neoliberalen Gegenangriff gegen alle Errungenschaften von Arbeiterbewegung und anderen emanzipativen Kräfte wird der Kapitalismus also kapitalistischer im Sinne

erstens der Entfesselung der Finanzmärkte und ihrer Dominanz über die Wirtschaft,

zweitens der Stärkung von Kapitalmacht gegenüber den Belegschaften, den Kommunen, Regionen und vielen Staaten,

drittens der Übermacht kurzfristiger Renditeinteressen über Erhaltung der irdischen Natur, Bildung und Kultur,

viertens der Verwandlung vieler bisher nicht der kapitalistischen Wirtschaft einverleibten Sphären in Objekte der Kapitalverwertung und

fünftens durch neue Militarisierung, autoritäre Tendenzen, die offene Missachtung selbst der liberalen Freiheitsrechte und neue imperialistische Tendenzen.

Damit wird dieser Kapitalismus zugleich weniger sozial, weniger demokratisch, weniger friedlich. Er offenbart wieder deutlicher Züge offener Barbarei.

Wenn der Kapitalismus kapitalistischer werden kann, wenn er soziale, demokratische, rechtsstaatliche Eigenschaften verlieren kann, die schon einmal errungen waren, dann ist es völlig falsch, sich kapitalistische Gesellschaften als ein gleichförmiges Ganzes ohne jede Gegentendenzen vorzustellen. Eher wirkt ein Kräfteparallelogramm (Friedrich Engels), in dem sich infolge der vorherrschenden Eigentumsverhältnisse die kapitalistischen Tendenzen gegenüber emanzipatorischen Gegentendenzen vorrangig durchsetzen können.

Es hängt jedoch von den Kräfteverhältnissen ab, von den sozialen und politischen Kämpfen, ob sie sich auch gegen den Kapitalismus kehren, wie weit sich dieser Wandel auch in den konkreten Eigentums- und Machtverhältnissen, in einer Veränderung der Balance zwischen den kapitalistischen Tendenzen und Gegentendenzen niederschlägt. Historisch hat es solche partiellen Erfolge gegeben – genau jene, die jetzt durch den Neoliberalismus beseitigt wurden oder beseitigt werden sollen. Die Errungenschaften emanzipativer sozialer Bewegungen weisen als Tendenz zur Einschränkung der Vorherrschaft des Kapitalismus in der Gesellschaft über diesen hinaus.

Die Dialektik des Verständnisses der heutigen Gesellschaft besteht unseres Erachtens darin, dass sie einerseits kapitalistisch sind, insofern Kapitalverwertung und Profit Wirtschaft und Gesellschaft dominieren. Doch sie sind andererseits *nicht nur* kapitalistisch, da durch die Kämpfe für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nachhaltigkeit und Emanzipation Gegentendenzen zur Geltung gebracht wurden und werden. Die Linke muss die Entwicklungspotenziale bürgerlicher Gesellschaften als Ansatzpunkte für ihre Alternativen ausschöpfen.

2. Was ist Sozialismus?

Im Erneuerungsprozess einer politischen Linken treten zweitens gegensätzliche Auffassungen über den von ihr erstrebten demokratischen Sozialismus zutage. Schon im 19. Jahrhundert gab es Tendenzen, den Sozialismus oder Kommunismus vor allem als Negation aller Institutionen der damaligen Gesellschaft, von Märkten und Geld, von Staat und Recht zu denken. Nur die totale Negation schien konsequent sozialistisch zu sein. Im 20. Jahrhundert wurden im Rahmen des staatssozialistischen Versuchs dabei so viele Errungenschaften von Demokratie, Rechtsstaat, Innovationsfähigkeit und Sicherung von Effizienz zerstört, dass dieser Sozialismus im Wettbewerb der Systeme verlieren musste.

Sozialistische Politik hat nach der von uns vertretenen Auffassung ein eigenes, der Profitdominanz entgegen gesetztes inneres Maß – das der effizienten Produktion und gerechten Verteilung von jenen Gütern, die jeder und jedem ein freies, ein selbstbestimmtes, ein solidarisches Leben ermöglichen. Dieses Verständnis von demokratischem Sozialismus folgt dem Leitbild einer Gesellschaft, die sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden an ihrer Gestaltung und an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglicht: existenzsichernde Arbeit für alle Erwerbsarbeit Suchenden, hochwertige Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, gleicher Zugang zu Leistungen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme! Nach dieser Auffassung kreist das programmatische Selbstverständnis der entstehenden neuen Linkspartei dem Bild einer Ellipse gleich um zwei Mittelpunkte: um die libertäre Grundidee, dass demokratischer Sozialismus individuelle Freiheit einer und eines jeden durch soziale Gleichheit in Solidarität bedeutet und um die Erneuerung von Arbeitswelt und Sozialstaat.

Folgt man diesem Verständnis von Sozialismus, dann ist er eine Gesellschaft, in der Produktion, Dienstleistungen und ihre Verteilung von dem Ziel dominiert werden, bestmögliche Bedingungen der Individualitätentfaltung aller zu erzeugen, damit sie von den Einzelnen zugleich zum eigenen Wohl und für die solidarische Produktivkraftentfaltung des Gemeinwesens genutzt werden. So

wie Marx und Engels formulierten: »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Als notwendig dafür wird, Marx folgend, in den »Programmatischen Eckpunkten« die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse – einschließlich der patriarchalen, ethnisch oder anders begründeten – bezeichnet, »in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«.

Die Eigentums- und Machtverhältnisse sind es, die die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen. Märkte, Recht, staatliche Einrichtungen sind nicht neutrale Instrumente. Sie können entsprechend den jeweiligen vorherrschenden Eigentums- und Machtverhältnissen gestaltet und umgestaltet werden. Genau dies ist die Politik des Neoliberalismus. Er weitet kapitalbeherrschte, auf schnellen Profit orientierte Märkte in alle Lebensbereiche aus, stärkt die Ansprüche auf Gewinn aus hochkonzentriertem Vermögen, stärkt die Rechte der Aktienbesitzer gegenüber den Belegschaften, er privatisiert u. a. Wissen und das Recht, genetisches Potential zu nutzen – alles soll der Kapitalverwertung dienen.

Selbst die schlimmsten Übel des gegenwärtigen Finanzmarkt-Kapitalismus abzustellen, beginnend bei Armut und Krieg bis hin zu sozialer Unsicherheit und Unterentwicklung des Bildungssystems, verlangt tiefgreifende Veränderung der Verfügungs- und Machtverhältnisse. Das erfordert die Schwächung und Zurückdrängung jener Eigentumsstrukturen, auf denen insgesamt die Vormacht des Kapitals beruht. Dringlich ist ein stärkerer Einfluss von Belegschaften und anderen demokratischen Kräften auf die Verfügung über das Eigentum im Interesse von mehr sozialer Sicherheit und guter Bildung für jede und jeden, von Naturerhaltung und Frieden.

Es sind die Kämpfe der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die schon jetzt Keime des Neuen im Schoße der alten Gesellschaft haben entstehen lassen. Auch die sozialistische Gesellschaft wird wie die des Kapitalismus unter Geburtswehen aus der alten Gesellschaft entstehen oder überhaupt nicht. Der Neoliberalismus will diese Keime einer neuen Gesellschaft ersticken, ausreißen, vernichten. Der Kampf gegen den Sozialstaat ist für ihn zugleich Kampf gegen Sozialismus. Die Linke aber kämpft darum, die Keime des Neuen zu stärken, zu verallgemeinern, zur vorherrschenden Produktions- und Lebensweise werden zu lassen. Dies ist nur in einem längeren Prozess vorstellbar. Demokratischer Sozialismus ist daher selbst als transformatorischer Prozess zu verstehen.

Eine sozialistische Gesellschaft kann sich nur bilden um die Verallgemeinerung der emanzipatorischen Erregenschaften früherer Kämpfe und ihrer Verbindung mit den Zukunftsaufgaben. Der Einsatz für die Verwirklichung der Einheit von sozialen, politischen, kulturellen Menschenrechten ist dabei der Maßstab linker Politik,

den die sozialen Emanzipationsbewegungen der Vergangenheit hervorgebracht haben. Die grundlegende Veränderung der Verfügung über die produktiven Ressourcen ist die notwendige Konsequenz.

3. Was sind die Grundzüge einer alternativen Eigentumsordnung?

Im Unterschied zur gegenwärtigen SPD, die aus ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm Macht- und Eigentumsfragen weitgehend verbannt hat, hat eine demokratisch-sozialistische Linke Reformprozesse stets mit dem Kampf um veränderte Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und entsprechenden Wandel in der Regulationsweise zu verbinden. Historisch waren die Fragen einer alternativen Eigentumsordnung immer umstritten – soll es eine möglichst umfassende Staatswirtschaft, sollen es die selbstverwalteten Genossenschaften oder soll es die öffentlichen Kontrolle über privates Eigentum sein? Und wo hat jede dieser Formen mit Blick auf sozialistische Zielstellungen ihre Vorzüge bzw. Schwächen?

Wenn Gregor Gysi ausführt, das Problem sei »nicht die Eigentumsfrage, sondern die Frage der gesellschaftlichen Kontrolle und Teilhabe der Anteilseigner an den Rentenfonds ...«, dann ist dies missverständlich, denn wie er selbst dann ausführt, geht es in allen Fragen linker Reformpolitik immer um die »Inhalte von Macht und Eigentum«. Und völlig gleichgültig, dies weiß er ja als Jurist, sind die Formen von Besitz und Eigentum dann auch nicht. Nach Inhalt und Form geht es darum, wer wie über die gesellschaftlichen Ressourcen verfügen kann und wer nicht. So konsequent der Neoliberalismus die Eigentumsfrage stellt, so konsequent muss sie auch die Linke stellen – aber auf neue Weise.

Die Programmatischen Eckpunkte zielen auf eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche. Schon im Chemnitzer Programm der PDS galt dies als Ausgangspunkt eines linken Eigentumskonzepts. Unterschieden wird in den Eckpunkten zwischen formellem Eigentum und Verfügung: »Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben zu unterwerfen. Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert, sowohl sozial als auch effizient gestaltet und genutzt werden kann.«

Außerparlamentarische und parlamentarische Kämpfe, erweiterte Mitbestimmung, Druck von unten auf den Staat, Aushandlungsprozesse in dessen Apparaten selbst bei einer Verschiebung nach links im Parteiensystem und der gesamten Gesellschaft können im Resultat großer so-

zialer und politischer Kämpfe die Verfügung auch über das Kapitaleigentum so verändern, dass sie zunehmend von der dem Kapital ureigenen Profitmaximierung abweicht. Darüber hinaus ist Ausweitung von öffentlichem Eigentum und öffentlicher Kontrolle auf Feldern offensichtlichen Versagens des privaten Eigentums nach sozialen und emanzipatorischen Maßstäben unverzichtbar. Öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur gehören bestimmt dazu.

Gerechte Steuerpolitik, gewerkschaftliche Kämpfe um höhere Löhne und Humanisierung der Arbeit, partizipative Demokratie – z. B. partizipative Haushaltspolitik –, nachhaltige Umweltgesetzgebung, die Durchsetzung starker sozialer Rechte, Sozial- und Strukturpolitik können eine andere Entwicklung ermöglichen als die aus der alleinigen Verfügung der Kapitaleigentümer resultierende. In solchem Verlauf würde ein Wandel im Charakter des Eigentums selbst stattfinden, nämlich dann, wenn es weniger und schließlich nicht mehr vorwiegend nach den Interessen von Kapitaleigentümern, sondern der Belegschaften, der Konsumenten, der Regionen, der nachfolgenden Generationen funktioniert. Eine Pluralität legitimer Interessen wird in ein gerechtes Gleichgewicht zu bringen sein. Keinesfalls wird ein Generaleigentümer zugleich alle berechtigten Anliegen vertreten können. Nicht die Verstaatlichung ist das Ziel, wenn auch unter bestimmten Bedingungen ein notwendiges Mittel, sondern Vergesellschaftung. Die Verfügung über Ressourcen durch eine Pluralität von demokratischen Kräften ist das Ziel – damit soziale Gerechtigkeit und Effizienz, Innovation und Nachhaltigkeit, regionale Entwicklung und Solidarität, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Entwicklung zugleich verwirklicht werden können.

Was die bestmöglichen Bedingungen für die Entfaltung des Humanreichtums anstelle des Kapitalreichtums, einer dominant sozialen gegenüber einer dominant kapitalistischen Eigentumsordnung sind und wie die Eigentumsverhältnisse konkret zu gestalten sind, kann nur in einem radikalen Demokratisierungsprozess bestimmt werden. Sozialismus ohne Demokratie ist nicht möglich. Und in diesem Prozess wird sich auch zeigen, für welche Zwecke Märkte besser sind als andere Formen des Austauschs, wo öffentliche Bereitstellung der Güter entscheidend ist, wie sie auszusehen haben, damit sie sozialistisch wirken können, welche konkrete Gestalten Staat und Recht dazu annehmen müssen.

Angesichts der globalen Probleme ist die Überwindung der Vormacht der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft überlebensnotwendig. Wird sie erreicht, dann werden andere Eigentumsverhältnisse dominant geworden sein. Und wird sich dann nicht erweisen, dass Sozialismus nichts anderes ist als die Vorherrschaft einer auf soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Frieden, individuelle Selbstbestimmung und Solidarität zielenden Eigentumsordnung, die die möglichst umfassende und

effiziente Produktion und gerechte Verteilung der Freigüter ermöglicht und alle Mittel nutzt, die diesem Ziel dienen können?!

4. Was kann die Linke heute tun? Evolution oder Bruch?

Der Gegensatz in der Diskussion beruht auch darauf, dass die einen »nur« die Möglichkeit von wesentlichen Reformen sehen, die anderen »nur« die Möglichkeit, neben der Abwehr des Schlimmsten eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zumindest geistig und politisch »vorzubereiten«. Die eigentliche Schwierigkeit aber dürfte darin bestehen, sich der Komplexität der heutigen Herausforderungen zu stellen und sie nicht auf die eine oder andere zu reduzieren. Unseres Erachtens ist die gegenwärtige Epoche durch drei Konflikte beherrscht, deren Gewicht sich unter Umständen auch schnell ändern kann:

Erstens wirkt gerade in der Europäischen Union und Deutschland der zentrale innere Konflikt zwischen Kräften, die einen marktradikalen Kurs durchsetzen wollen, und jenen, die eine soziale und demokratische Gestaltung des heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus in engerer Orientierung an den skandinavischen Ländern oder den Niederlanden zu realisieren suchen. Dieser Konflikt hat die Bundestagswahlen 2005 geprägt und wird für die nächsten Jahre noch wichtiger werden.

Zweitens gibt es einen Konflikt zwischen jenen, die eine soziale und demokratische Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus durchsetzen wollen, und jenen, die mit guten Gründen davon ausgehen, dass soziale und politische Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus zu unterstützen sind, dass aber umfassende und dauerhafte Gerechtigkeit und Demokratie ohne die weitgehende Zurückdrängung und schließlich Überwindung der Profitdominanz und damit des Kapitalismus unmöglich sind.

Drittens gibt es global, aber auch in der Europäischen Union und Deutschland Tendenzen der Entzivilisierung der Gesellschaft und der offenen Barbarei. Dies reicht von den Aggressionskriegen unter Führung der USA über Terrorismus bis hin zur Brutalisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen. Unter bestimmten Bedingungen kann dieser Konflikt alle anderen dominieren und kann der Kampf dagegen breiteste Bündnisse notwendig und möglich machen.

Die Linke ist kein allmächtiges Subjekt, das sich die Konflikte aussuchen könnte, die sie ausfechten muss. Sie kann sich keinem von ihnen entziehen, sie muss in der Lage sein, Bündnisse einzugehen und muss dazu selbst auch bündnisfähig sein. Das Versagen der deutschen Linken 1914 zeigte, was passiert, wenn eine Reformpolitik dazu führt, dass der Kampf gegen Autoritarismus und Krieg völlig in den Hintergrund tritt. Das Versagen

von 1933 dagegen offenbarte, welche Folgen Sektierertum und Bündnisunfähigkeit haben können. In den Eckpunkten ist deshalb eindeutig formuliert: »Es ist die strategische Kernaufgabe der Linken, zur Veränderung der Kräfteverhältnisse als Voraussetzung für einen Richtungswechsel beizutragen.«

Niemand konnte in der Geschichte jemals sagen, aus welcher Evolution ein Bruch oder eine Kette von Brüchen wurde, wie quantitative Veränderungen in qualitative Umwälzungen umschlagen. Reformen führten zu Revolutionen, Revolutionen ermöglichten Reformen. Prozesse, die nur als härtester Bruch zu bezeichnen sind, wurden oft in Kompromissen ausgehandelt und vollzogen sich völlig friedlich. Aber auch das Umgekehrte hat es historisch gegeben.

Die Linke kann weder entscheiden, welche Konflikte jeweils dominieren, noch kann sie beliebig bestimmen, mit wem sie kooperieren muss. Sie kann oft auch nicht die Tagesordnung dominieren, sondern sich zumeist nur einbringen in die realen Kämpfe. Was sie kann, ist ein Doppelpes: Sie kann erstens eigene Kriterien für ihr Handeln aufstellen – Kampf gegen jede Form von totalitärer Herrschaft und Barbarei, Kampf gegen Marktradikalismus, Autoritarismus und Militarisierung sowie Kampf für die Zurückdrängung von Profitdominanz und Vorherrschaft der Kapitalverwertung, für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, der öffentlichen demokratischen Steuerung eines sozialen, ökologischen und zivilen Umbaus der Gesellschaft. Dies sind unseres Erachtens auch die Kriterien für eine sozialistische Politik als Tagesaufgabe. Die Linke muss sich zweitens dazu befähigen, die Dialektik der drei genannten Herausforderungen, die Spannung der drei mit ihnen verbundenen Kämpfe möglichst souverän zu handhaben. Wenn sie diese Doppelforderung erfüllen würde, hat sie das ihr Mögliche getan – nicht mehr und nicht weniger.

Die »Eckpunkte« enthalten nicht nur ein breites Reformprogramm. Dort sind auch gemeinsame strategische Aufgaben in der Gegenwart und Kriterien der Realisierung dieser Aufgaben formuliert. Sie umfassen die Auseinandersetzung mit der Ideologie des Neoliberalismus und die Präsentation eigener Alternativen. Dazu gehören breite Bündnisse und strategische Kooperation, die organische Verbindung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit, die Einheit von Protest und Widerstand, gestaltender Politik, Regierungsbeteiligung und antikapitalistischem Wirken, nicht zuletzt auf europäischer Ebene und darüber hinaus.

Zu oft ist die Linke historisch unter ihren Möglichkeiten geblieben, weil sie in der Spaltung auseinandergerissen hat, was zusammengehört – sozialistische Realpolitik als Tagesaufgabe, in der die Ziele der Zurückdrängung und Überwindung der Vormacht des Kapitalistischen in unserer Gesellschaft *im* Kampf zur Lösung der wichtigsten aktuellen Probleme (und nicht etwa jenseits von ihm)

ständig präsent sind. Transformation ist die Einheit von quantitativen Veränderungen und qualitativen Brüchen, ist Gesellschaftsveränderung auf lange Sicht und mit klaren Zielen für die Gegenwart.

5. Welche Wege führen aus dem Kapitalismus?

Die Vorstellung, dass aus den heutigen Kämpfen um konkrete Reformen zur Minderung dringendster sozialer Probleme Veränderungen entstehen können, die uns einer sozialistischen Ordnung näher bringen, weckt heftigsten Widerspruch bei manchen Linken: »Transformatorischer Prozess – Illusion hoch drei!!! Diese Einstellung kommt einer Absage an jegliche Überwindung der derzeitigen Produktionsverhältnisse gleich und ist eine radikale Abwendung vom Marxismus!« So lautet eine typische Wortmeldung in der programmatischen Debatte der Linkspartei. Dem liegt eine weitere Meinungsverschiedenheit zugrunde.

Skandalös an der heutigen Verfasstheit der westlichen Welt ist, dass sie die Potenziale für ein menschenwürdiges Leben aller Erdbewohner hervorgebracht hat und doch außerstande ist, sie für die uneingeschränkte Entfaltung des Menschen mit seinen schöpferischen Fähigkeiten als dem »wirklichen Reichtum« der Gesellschaft (Marx) zu nutzen. Eher wird dieser menschliche Reichtum millionenfach zerstört und verschleudert. Gerade deshalb kommt es für die Linke darauf an, die dem Kapitalismus zum großen Teil erst in den Kämpfen der Arbeiterbewegung und anderer sozialen Kräfte abgerungenen Entwicklungspotenziale zu verteidigen, zu bewahren, auszuweiten und schließlich die Profitdominanz zu überwinden.

Aber dafür müssen diese Potenziale und die mit ihnen gegebenen Bewegungsräume überhaupt erst anerkannt werden, statt sie zu ignorieren und linke Politik, die auf deren Nutzung zielt, als opportunistisch zu diffamieren. Dies geschieht allerdings in einem Teil der Wortmeldungen zu den »Programmatischen Eckpunkten«: »Ohne die Überwindung dieser Gesellschaftsform (des Kapitalismus) ist nichts möglich!«, »Gesellschaft von innen heraus reformieren – so wie es dasteht, ist das reinster Opportunismus«. Woher, bitte sehr, soll der Wandel denn kommen, wenn nicht von innen, von den Bürgerinnen und Bürgern in ihren gelebten Verhältnissen?

Klaus Blessing und Matthias Werner konstruieren in ihrer Kritik an Gregor Gysi einen trennenden Gegensatz zwischen Kampf gegen die »desaströsen Momente« des heutigen Kapitalismus und »Veränderung des kapitalistischen Systems«: »Damit wir nicht falsch verstanden werden: Natürlich ist alles zu unterstützen, was der Milderung der schlimmsten Erscheinungen neoliberaler Politik dient. Aber die Aufgabe der Linken darf nicht nur

darin bestehen, Kräfte zu stärken, um Erscheinungen des Systems zu mildern, sondern sie muss das System als solches verändern wollen.«

Die Trennung von Tagesaufgaben und der Suche nach einer Ordnung jenseits des Kapitalismus, von »Reform« und »Revolution« ist heute bestenfalls noch scheinrevolutionär. Sie gibt sich radikal antikapitalistisch und hat doch nichts zu bieten als eine inhaltlere Rhetorik. Sie spaltet die Kräfte jener, die ausgehend von dem Hier und Heute und den konkreten Interessen die Gesellschaft verändern wollen, und jener, die wissen, dass es dazu auch umfassender Umgestaltung der Eigentums-, der Wirtschaftsordnung bedarf. Sie schwächt die Linke. Die Menschen für eine Überwindung des Kapitalismus gewinnen, kann man, kann frau nur, wenn er, wenn sie zeigt, dass die unmittelbar anstehenden Reformen zur Lösung der drängendsten Probleme zugleich Eingriffe in die Verfügungs- und Eigentumsordnung verlangen. Beides gehört untrennbar zusammen, das eine ist nicht ohne das andere zu haben. Die konkrete Gestalt einer sozialistischen Entwicklung ergibt sich aus der konkreten Schwächung und schließlich der Überwindung der Profitdominanz.

Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer schrieb: »Alles Gegeneinander der Meinungen, alles bloße Diskutieren, darf uns nicht an der Erkenntnis hindern, dass die eigentlichen Widersprüche sich im menschlichen Dasein befinden«. Und er verwies auf ein vierzeiliges Epigramm von Karl Kraus:

*An die Sucher von Widersprüchen
Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen,
die darunter oft leider zerfällt.
Immer noch meint Ihr, es geht um Meinungen,
aber der Widerspruch ist in der Welt.*

Wenn Sozialismus als umfassende Demokratisierung und Sozialisierung der Verfügung über das Eigentum verstanden wird, als Herausbildung von Mehrheiten für eine andere Gesellschaft und als Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, so kann dies nur in einem Lernprozess erfolgen, im Verlauf von Erfahrungen mit dem Widerstand gegen Verschlechterungen, mit Reformprojekten, die zu Teilverbesserungen führen, mit der Suche nach Einstiegsprojekten in weiterreichenden Wandel und mit der Öffnung für Reformen über die Grenzen des Kapitalismus hinaus, mit konkreten Schritten der Umgestaltung der Eigentumsordnung. Dies kann sich lange Zeit evolutionär vollziehen und in Krisenzeiten auch umbruchartig.

Die »Eckpunkte« treffen auch hier eine klare Aussage: »Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Einklang mit der Natur leben. Dazu wirken wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten wir da-

für, dass die Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.«

Demokratischer Sozialismus ist unserem Verständnis nach ein transformatorischer Prozess heftiger sozialer Kämpfe, Kompromisse und immer neuer Aufbrüche, der mitten im Kapitalismus beginnt, voraussichtlich viele kleine und größere Brüche umfasst und nach der Erwartung der Linken in eine sozialistische Gesellschaft mündet. Und weil ohne die Überwindung der Dominanz der kapitalistischen Tendenzen in der gegenwärtigen Gesellschaft weder dauerhafter Frieden, nachhaltige Entwicklung noch soziale Sicherheit möglich sind, gilt auch heute: Konkrete, reale und dauerhafte Fortschritte einer Transformation hin zum Sozialismus oder immer neue und schlimmere Rückfälle in die Barbarei!

Prof. Dr. Dieter Klein ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Vorsitzender der Zukunftskommission.

Prof. Dr. Michael Brie ist Stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Leiter des Bereiches Politikanalyse.